



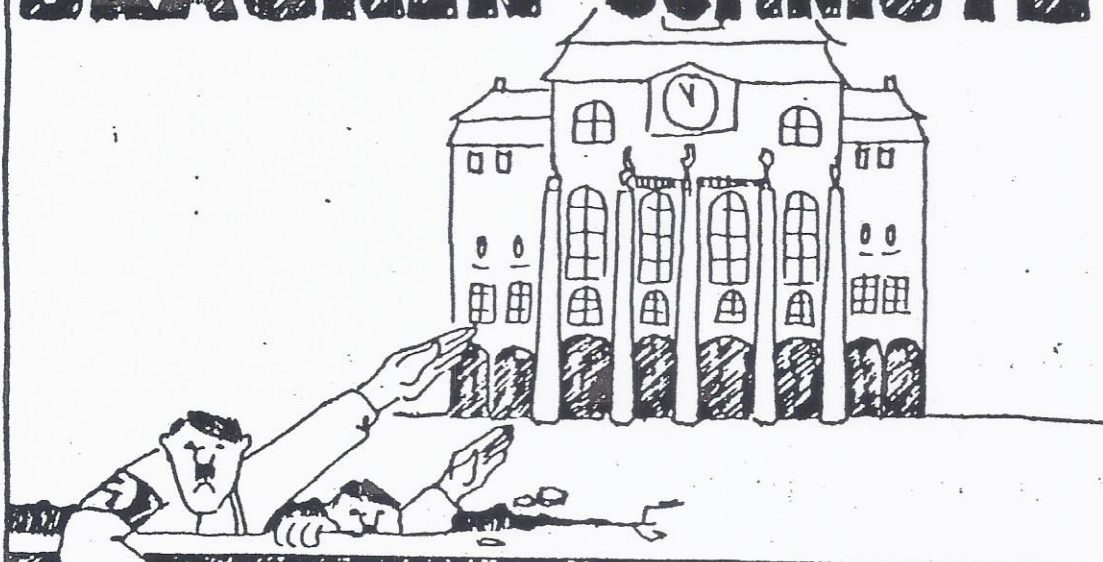
# VVN-Bund der Antifaschisten

- Kreisvereinigung Lüneburg -

Postfach 1711

2120 Lüneburg

**SCHÜTZT LÜNEBURG  
VOR DEM  
BRAUNEN SCHMUTZ !**



**VERBOT der NAZI-  
VERANSTALTUNGEN**

**Kein NPD-Landesparteitag in Lüneburg!**

*Documentation*

Antifaschistischer Arbeitskreis Lüneburg  
c/o Peter Asmussen

3.2.1985

An den  
Oberbürgermeister  
An den  
Oberstadtdirektor  
An die Mitglieder des  
Stadtparlaments  
der Stadt Lüneburg

Betr.: Landesparteitag der NPD am 30./31.3. in Lüneburg

Sehr geehrte Damen/Herren!

Ausgerechnet am 52. Jahrestag der Machtübertragung an Hitler, am 30. Januar d.J., müssen die Leser der örtlichen Tagespresse entnehmen, daß die NPD-Lüneburg sich um die Ausrichtung ihres Landesparteitages für den 30./31. März in unserer Stadt bemüht.

Nachdem unverkennbar in Lüneburg die Neo-Nazis verstärkt mobil machen, hält diese Partei ihre Zeit für gekommen, durch die Abhaltung eines Landesparteitages ihren Einfluß in unserer Stadt zu erweitern und insbesondere den in einigen Jugendgruppen operierenden Neo-Nazis, sowie den von der Bonner Politik enttäuschten, sich nach rechts abwendenden Wählern ein organisatorisches Wirkungsfeld anbieten zu wollen.

Nach wie vor ist festzustellen:

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands ist eine nationalistische, völkische und rassistische Partei!

1. Sie fordert unter der Überschrift " Staatliche Neuvereinigung " die Einverleibung aller Gebiete des ehem. Großdeutschen Reiches und vertritt somit Gebietsansprüche gegenüber unseren östlichen Nachbarstaaten - wie schon die NSDAP!



2. Sie fordert unter der Parole " Gemeinnutz für Volk und Vaterland " die Eliminierung der Arbeiterorganisationen und des Gewerkschaftsverbandes - wie schon die NSDAP!
3. Sie fördert unter dem Leitsatz " Erhaltung der Identität des deutschen Volkes " rassistische Hetzkampagnen gegen unsere ausländischen Mitbürger ( Vorsitzender Mußnug: " Unser Grundgesetz...beruht auf dem Abstammungsrecht. ")  
- wie schon die NSDAP!

Die NPD ist als Partei zu verbieten, ihre Veranstaltungen sind zu untersagen!

Wir erwarten von Ihnen als Stadtvertretung ein offenes ("öffentliches") politisches Wort gegen die neonazistische NPD und ihrem Vorhaben, in unserer Stadt ihren Landesparteitag abhalten zu wollen.

Wir fordern Sie dringend auf, dieser Partei keine städtischen Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Ebenso erwarten wir von Ihnen als Mitglieder des Stadtparlaments, daß Sie Ihren politischen Einfluß geltend machen und Privatpersonen ebenso wie (halb-) staatliche Institutionen von einer möglichen Vermietung ihrer Räumlichkeiten an die NPD dringend abraten.

Im 40. Jahr nach der Niederwerfung der in faschistischen Diensten stehenden deutschen Wehrmacht und der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus darf es keinen Platz für neofaschistische Propaganda geben!

Mit freundlichem Gruß

P. Guntzen



## AUFRUF

# Kein NPD-Landesparteitag in Lüneburg!

Am 30./31. März, wenige Wochen vor dem 8. Mai, will die NPD provokativ ihren Landesparteitag in Lüneburg abhalten.

Für jeden Antifaschisten ist der 8. Mai der 40. Jahrestag der Befreiung von der nationalsozialistischen Terrorherrschaft. Für die NPD ist es ein Tag der "Wut, weil wir den Krieg verloren hatten."

Für jeden Antifaschisten ist der 8. Mai ein Tag, um zu bekräftigen: Nie wieder Faschismus,



nie wieder Krieg! Für die NPD ist dies eine "beispiellose Vergangenheits-Bewältigungskampagne" von "ahistorischen und zeitgeschichtlichen Narren".

Für jeden Antifaschisten ist der 8. Mai ein Tag des Gedenkens an Millionen, die in den KZs und auf den Schlachtfeldern dem faschistischen Plan zur "Neuordnung Europas" geopfert wurden. Für die NPD ein Tag der "Vergewaltigungen und Morde an Deutschen."

Und für jeden Antifaschisten ist der 8. Mai Anlaß, um allen Bestrebungen entgegenzutreten, die unter der alten Losung der "Wiedervereinigung" die Ergebnisse des 2. Weltkrieges rückgängig gemacht sehen wollen. Für die NPD ist es ein Tag "der Teilung, der millionenfachen Vertreibung der Deutschen" und er markiere eine Katastrophe, denn nicht nur das Deutsche Reich sei untergegangen, auch Europa sei versunken. (Zitate: Deutsche Stimme II/85)

Um zu verhindern, daß die NPD auf ihrem Landesparteitag ihren Beitrag zu der Großdeutschen

Kampagne "40 Jahre Vertreibung" organisieren, ihren Anhang mobilisieren und ihren Einfluß ausweiten kann, fordern wir:

**KEIN NPD LANDESPARTEITAG  
VERBOT DES PARTEITAGS DURCH DIE STADT  
KEINE RAUMVERGABE AN DIE NPD  
DURCH DIE STADT**

Die NPD ist nicht verboten. Meist geschützt von einem großen Polizeiaufgebot verbreitet sie:

\* Rassismus und Ausländerhetze. Ausländische Arbeiter sind für die NPD bloßes Arbeitsvieh, welches durch blanken Terror vertrieben wird, wenn es nicht mehr gebraucht wird. Die NPD nennt dies "Erhaltung der Identität des Deutschen Volkes".

\* Gewerkschaftsfeindlichkeit. Die Gewerkschaften sind für die NPD "betriebsfremde Ein-



flüsse", die ausgeschaltet werden müssen. Sie will die "Leistungskraft unseres Volkes zum gemeinsamen Nutzen" mobilisieren. "Gefolgschaften" nannte dies Hitler und das Ergebnis ist bekannt: massenhafte Zwangsarbeit und Kriegsrecht in den Betrieben.

\* Nationalismus und Revanchismus. Die NPD vertreibt Karten, auf denen die gesamte DDR, Teile Polens, der Sowjetunion, Österreichs, Frankreichs u.a.m. eingeklagt werden.

Die NPD ist eine faschistische, völkische und

Gegen den geplanten NPD Landesparteitag rufen wir auf zur Beteiligung an einer antifaschistischen Demonstration und Kundgebung des DGB  
**SAMMELPUNKT DES ANTIFASCHISTISCHEN ARBEITSKREISES:  
SAMSTAG 30.03.85 PLATZ VOR DER IHK 10 UHR**



## rassistische Partei. Deshalb: VERBOT DER NPD

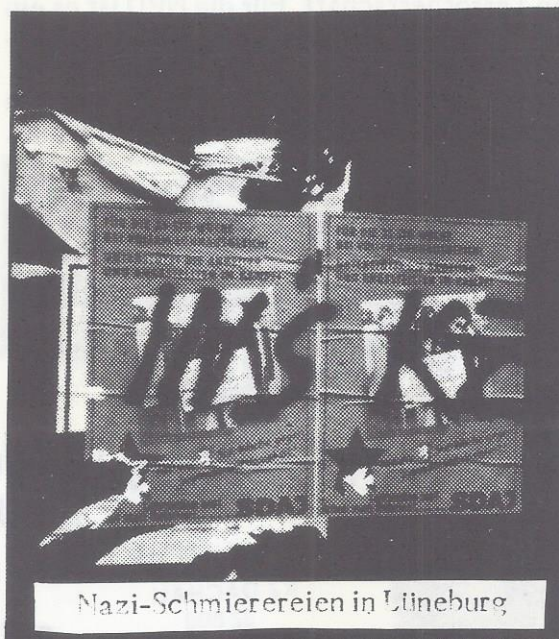
Faschistisches Gedankengut ist sehr viel weiter verbreitet, als der Einfluß der NPD. Wenn im "Ostpreußischen Jagd- und Landesmuseum" die "segensreiche Wirkung des Arbeitsdienstes in Ostpreußen" gelobt wird, wenn die sogn. "Landsmannschaft" das "Schlesier Motto" "Schlesien bleibt unsere Zukunft" dreist auf ein "Europa freier Völker" ausdehnt, wenn die Waffen SS (HI-AG), der Stahlhelm, Wehrsportgruppen und faschistische Skins nahezu unbehelligt ihre Aktivitäten entfalten können, wenn der Faschist Kausch in der Landesbibliothek mit Quellenfor-



schung beauftragt wird und die faschistische Schülerzeitung "Oskar" vom Innenministerium einen Freibrief ausgestellt bekommt, dann sind dies nur einige Beispiele. Um jeder Form der Verherrlichung des Nationalsozialismus entgegenzutreten, und um alle Versuche, offen oder versteckt an den Zielen der Faschisten anzukniffen, zu bekämpfen, fordern wir:

**VERBOT JEDLICHER FASCHISTISCHER UND REVANCHISTISCHER PROPAGANDA**

Die NPD, alle anderen faschistischen Organisationen und die politischen Führer der "Vertriebenenverbände" pochen bei ihrer großdeutschen Propaganda auf eine angeblich "offene deutsche Frage" und auf die Tatsache, daß die BRD die DDR, die polnischen und sowjetischen Grenzen nicht völkerrechtlich anerkannt hat. Schon Hitler wollte "dem deutschen Volke bestimmte außenpolitische Vorgänge so beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann." Nach dem Ende des 2. Weltkrieges Ansprüche auf Gebiete zu erheben, die in der Folge deutscher Großmachtspolitik unwiederbringlich und zu Recht an andere



Nationen gegangen sind, kann aber nur bedeuten, erneute Kriegsvorbereitungen zu treffen. Deshalb:

**VÖLKERRECHTLICHE ANERKENNUNG DER DDR! VÖLKERRECHTLICHE ANERKENNUNG DER POLNISCHEN UND SOWJETISCHEN GRENZEN!**

Wir rufen dazu auf, alles zu unternehmen, damit der NPD Landesparteitag nicht in der Lüneburger Region stattfindet.

## ROCK GEGEN RECHTS

Es spielen die Gruppen: AIDS, Lebender Leichnam, Angora Moritz, Elbe 1, Muckefuck, Scarlet Pimpernel.

Samstag 30.03.85, Beginn 18 Uhr, Aula der Fachhochschule, Munstermannskamp  
Unkostenbeitrag 2 DM

### INFORMATIONSVORANSTALTUNG DES ANTIFASCHISTISCHEN ARBEITSKREIS

- \* Informationen über die örtliche Neo-Nazi Szene
  - \* Film über den NPD Landesparteitag in Hamburg
  - \* Erfahrungsbericht über den NPD Landesparteitag 84 in Stade
  - \* Diskussion und Vorbereitung von Aktionen gegen den NPD Landesparteitag in Lüneburg
- Dienstag 19.03.85, Haus der Jugend, 19.30 Uhr

**ANTIFASCHISTISCHER ARBEITSKREIS LÜNEBURG**  
v.i.S.d.P. VVN, Postfach 1711



## Parteitag der NPD <sup>LZ 30.1.85</sup>

nh Lüneburg. Der Kreisverband Lüneburg der nationaldemokratischen Partei (NPD) hat sich beim Landesverband Niedersachsen um die Ausrichtung des Landesparteitages 1985 am 30./31. März beworben.

## Antifaschisten gegen NPD-Tag <sup>LZ 5.2.85</sup>

rau Lüneburg. Gegen einen Landesparteitag der Nationaldemokraten (NPD) in Lüneburg wendet sich der „Antifaschistische Arbeitskreis“ Lüneburg. Sein Sprecher Peter Asmussen: „In Lüneburg darf es keinen Platz für neofaschistische Propaganda geben. Rat und Stadtverwaltung sind aufgefordert, der NPD keine Räumlichkeiten für den geplanten Parteitag zur Verfügung zu stellen. Außerdem muß auch Privatpersonen davon abgeraten werden, Räume an diese Partei zu vermieten.“

## SPD gegen NPD-Parteitag <sup>LZ 15.2.85</sup>

rau Lüneburg. Die SPD-Ratsfraktion will auf alle Mitglieder des Stadtrates einwirken, daß in einer gemeinsamen Entschließung der in Lüneburg geplante Parteitag der Nationaldemokraten abgewendet wird.

Demokratische Grundrechte dürfe nicht in Anspruch nehmen, wer vierzig Jahre nach der schwersten Stunde Deutschlands noch Gedanken und Ideen der Nationalsozialisten verkünde, heißt es in der Begründung zur Abwehr des NPD-Parteitages.

## SPD: Notfalls Protestaktion <sup>LZ 21.2.85</sup>

rau Lüneburg. „Massiven Widerstand“ kündigte der SPD-Ortsverein jetzt an, wenn die Nationaldemokraten (NPD) ihren Landesparteitag tatsächlich in Lüneburg durchführen sollten.

In der Mitgliederversammlung im Glockenhaus stimmten mehr als 250 SPD-Mitglieder geschlossen für einen Antrag, mit dem von der Stadt gefordert wird, der NPD keinen Saal zur Verfügung zu stellen.

Der Ortsvereinsvorstand erklärte, daß er gegebenenfalls zu einer Protestveranstaltung aufrufen werde. Die SPD erwarte von allen demokratischen Gruppen und Parteien in Stadt und Landkreis, daß sie sich dem Protest gegen die Neonazis anschließen.

## ANTIFASCHISTISCHER ARBEITSKREIS LÜNEBURG

Liebe Freunde,

Am 30. Januar konnte man der LZ entnehmen, daß sich der Kreisverband Lüneburg der NPD darum "beworben" hat, den NPD-Landesparteitag in Lüneburg am 30./31. März 1985 auszurichten.

Wir gehen davon aus, daß es sich nicht um eine "Bewerbung", sondern um eine feste Planung handelt, da Parteitage bekanntlich nicht kurzfristig festgelegt werden, und interne Bewerbungen wohl kaum von der NPD veröffentlicht werden. Die Formulierung hat wohl eher den Sinn, den faschistischen Anhang in Lüneburg zu mobilisieren, gleichzeitig den antifaschistischen Widerstand aber im Ungewissen zu lassen.

Es ist eine Provokation, daß eine faschistische Partei 40 Jahre nach der Niederlage des Hitler-Faschismus immer noch - und in letzter Zeit wieder verstärkt - öffentlich auftreten kann. Man muß davon ausgehen, daß die NPD auf diesem Parteitag nicht nur die Kandidatur zu den nächsten Landtagswahlen besprechen will, sondern auch eine faschistische Propagandakampagne in Hinblick auf den 8. Mai, den 40. Jahrestag der Befreiung vorbereitet. Und die Auseinandersetzung um das "Schlesier-Motto" zeigt ja, wie verbreitet solches Gedankengut ist.

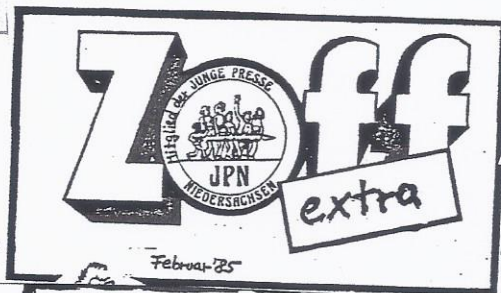
Wir meinen, daß alle Antifaschisten gemeinsam diese Absichten verhindern müssen.

Um die notwendigen Aktionen zu besprechen und zu planen, laden wir Euch ein:

DIENSTAG, 12. FEBRUAR 85 19.30 UHR HAUS DER JUGEND, KATZENSTR.

Mit freundlichen Grüßen

*Pia Müller*



nh Lüneburg. Der Kreisverband Lüneburg der nationaldemokratischen Partei (NPD) hat sich beim Landesverband Niedersachsen um die Ausrichtung des Landesparteitages 1985 am 30./31. März beworben. LZ 30.1.85

**SDA - Lüneburg ...**

**Nazis raus aus unserer Stadt!  
Kein NPD-Parteitag in Lüneburg!**

Da stand also am 30.1.85 in einer kleinen Notiz in der LZ, daß im März dieses Jahres die NPD einen Landesparteitag in Lüneburg abhalten will. Das ist sicher schon eine ziehliche politische Gefühlslosigkeit der LZ, gerade am 30. Januar, dem 52. Jahrestag der Machtübergabe an die Faschisten, solch eine Notiz ohne jeden Kommentar abzudrucken. Denn schließlich heißt das ja nichts anderes, als das sich im März alte und neue Nazis aus ganz Niedersachsen in Lüneburg zusammenrotten wollen. Lüneburg soll zum Treffpunkt von Faschisten werden, die die politischen Nachfolger jener Kräfte sind, die vor 40 Jahren Millionen Menschen in KZ's umbrachten und die einen Weltkrieg entfesselten, der 50 Millionen Menschen das Leben kostete. Und was im Umfeld eines solchen Treffens so stattfindet, wissen wir ja zur Genüge aus anderen Städten.

- Wir wollen nicht, daß Lüneburg zum Tummelplatz für Faschisten und ihre Schlägertruppen wird!!!

Aber ist es nicht auch für jeden Lüneburger Antifaschisten empörend und unerträglich, daß gerade in der Zeit um den 8. Mai, dem 40. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus, Lüneburg zum Treffpunkt von Nazis wird.

- Wir fordern, daß die Stadt Lüneburg den Nazis kein öffentliches Gebäude zur Verfügung stellt!

Die Existenz der NPD verstößt gegen das Grundgesetz Art. 139! Wir fordern die sofortige Auflösung der neofaschistischen NPD!!!

**Treffen gegen NPD-Landesparteitag:**  
Der seit Kurzem in Lüneburg bestehende antifaschistische Arbeitskreis lädt alle Antifaschisten ein, um zu beraten, was man gegen das Nazitreffen tun kann. Treffpunkt: Di. 12.2. 19 Uhr, Haus der Jugend, Katzenstr. 1.

**Nie wieder Faschismus!  
Nie wieder Krieg!**



LZ 24.1.86

## Jusos gegen NPD-Parteitag

nh Lüneburg. „Kein Nazi-Treffen in öffentlichen Gebäuden“, fordern die Jungsozialisten im SPD-Unterbezirk. Der geplante Parteitag der NPD dürfe nicht in Lüneburg stattfinden. An Privatbesitzer appellieren die Jungsozialisten, Räume nicht an die NPD zu vermieten.

9.1.86

## SPD gegen NPD-Parteitag

rau Lüneburg. „Massive Gegenwehr“ kündigt der SPD-Ortsvereinsvorstand für den Fall an, daß die Nationaldemokratische Partei (NPD) ihren Landesparteitag in diesem Jahr in Lüneburg abhält.

Ein entsprechender Antrag ist bei der Stadtverwaltung eingegangen: Die NPD möchte im April oder Mai ihren Parteitag im Glockenhaus veranstalten.

Die SPD beruft sich auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes von 1983, in dem bestätigt wurde, daß die NPD verfassungsfeindliche Ziele verfolge. Die Ortsvereinsvorstandsmitglieder Firus, Mäde und Inselmann: „Lüneburg darf nicht zum Schauplatz gewaltsamer Auseinandersetzungen wie bei den NPD-Veranstaltungen 1983 in Celle und 1985 in Frankfurt werden.“ Rat und Verwaltung werden von der SPD aufgefordert, der NPD keine städtischen Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

12.3.86

## NPD unerwünscht

... muß man sich doch fragen, wie es die Rathausparteien denn mit dem von ihnen selbst so viel gepriesenen Demokratieverständnis halten? Die Verweigerung von Räumen zeugt nicht von demokratischer Grundeinstellung. Ich dachte immer, wir leben im freiheitlichsten Staat, den wir je auf deutschem Boden hatten.

Wir Nationaldemokraten werden Veranstaltungen in Lüneburg durchführen, ob es die Rathausparteien „wünschen“ oder nicht. Die NPD, als zugelassene Partei, hat die gleichen Rechte wie die im Rathaus vertretenen Parteien, worüber schon mehrere Gerichte eindeutig befunden haben. Sollte ein Ersuchen auf Überlassung eines öffentlichen Raumes abgelehnt werden, sind unsererseits gerichtliche Schritte unerlässlich. Sollte durch Versagen von Versammlungsräumen massive Wahlbehinderung zur anstehenden Kommunal- und Bundestagswahl erfolgen, wird die Wahl in der Stadt Lüneburg angefochten.

Klaus Hoffmann, Vorsitzender des NPD-Bezirks Lüneburg und Kreistagsabgeordneter im Kreis Soltau-Fallingb., Münster

21.3.86

## NPD unerwünscht

... war es zu erwarten, daß die Parteifunktionäre der NPD energisch auf ihr Recht einer satzungsgemäßen Durchführung von Mit-

gliederversammlungen pochen. Da werden seitens des NPD-Vorsitzenden Klaus Hoffmann die Stadtväter im Rathaus beschimpft, sie würden der NPD öffentliche Räume verwehren. Ist denn die NPD so sehr auf die Stadtverwaltung angewiesen? — Wohl kaum. Sie könnte genauso gut in privaten Räumen ihre imaginären Versammlungen abhalten, wie es viele andere demokratische Parteien auch tun. Da sie aber immer wieder die in ihr fälschlicherweise vermutete demokratische Grundeinstellung vermissen läßt (siehe S. 4, LZ v. 12.3.), darf sie sich nicht wundern, daß die Stadtverwaltung Unheil in Form von Ausschreitungen vor den Versammlungslokalen vermeiden will durch die Nichtgenehmigung von Veranstaltungen im Stadtgebiet.

Thilo Ramin,  
Bögelstraße 56  
2120 Lüneburg

21.3.86

## Jusos mit neuem Vorstand

nh Lüneburg. Ein dreiköpfiger Sprecherrat wird in Zukunft die Jungsozialisten im Landkreis Lüneburg leiten.

Auf der Juso-Unterbezirkskonferenz wurden Anke Jung (Bleckede), Volker Dworatzek und Frank Steltner als Nachfolger des bisherigen Vorsitzenden Uwe Inselmann gewählt, der wegen seiner Aufgaben als Landtagskandidat der Stadt Lüneburg auf eine Wiederwahl verzichtete.

Einstimmig forderten die Jusos den Stadtrat auf, keine Vermietung öffentlicher Räume an die NPD zuzulassen.

Der Vorschlag, an den SPD-Ortsvereinsvorstand den Antrag zu richten, alle Polizei- und Bundeswehrangehörigen von den Kommunalwahllisten zu streichen, wurde nach kontroverser Diskussion auf der Unterbezirkskonferenz mit großer Mehrheit abgelehnt.

30.1.86

## Entschieden gegen NPD-Parteitag

nh Lüneburg. SPD und Grüne lehnen einen von der NPD in Lüneburg geplanten Parteitag im April oder Mai 1986 entschieden ab.

Auf der letzten Fraktionssitzung hat die SPD beschlossen, der Vermietung von städtischen Räumen an die NPD in keinem Falle zuzustimmen. Für die Grünen erklärte deren Landtagskandidatin Sabine Roisch, die Stadt müsse auch die Vergabe privater Räume unterbinden. Gruppen und Initiativen in der Stadt seien aufgerufen, den rechtsradikalen Aktivitäten verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen.



**NPD-Parteitag**

... dürfte die Abhaltung des NPD-Parteitages gar keine Frage, sondern müßte eine Selbstverständlichkeit sein. Schließlich ist die NPD eine auf dem Boden des Grundgesetzes stehende, zugelassene demokratische Partei. Der Nationalsozialismus, wie er durch die NSDAP verkörpert wurde, ging 1945 mit seinen führenden Exponenten unter. Alles, was die NPD damit gemein hat, ist das Wort „national“. Das wissen auch die großen etablierten Parteien, nur haben diese es sich angewöhnt, den Staat als ihre Beute zu betrachten und versuchen demgemäß, das Aufkommen lästiger Emporkömmlinge zu verhindern. Den übrigen Verächtern der NPD aber sei empfohlen, einen Blick in das Programm dieser Partei zu werfen und nachzuschauen, ob ihre unsinnigen Sprüche darin eine Stütze finden könnten.

Werner Stadali,  
Wetzen 18,  
2124 Oldendorf/Luhe

... werden NPD-Anhänger nicht müde, immer wieder ihre Partei als „eine auf dem Boden des Grundgesetzes stehende, zugelassene demokratische Partei“ herauszustellen (LZ v. 7. 3.).

Hierzu heißt es schon im Verfassungsbericht 1977 des BMI u. a.: „Die Partei, die sich gern einen ‚deutschnationalen, konservativen‘ Anstrich gibt, hat erkannt, daß Parolen, die keine Resonanz finden. Sie sparte deshalb nicht an öffentlichen Bekenntnissen zum Grundgesetz und trug im Gegensatz zu früheren Jahren ihre Angriffe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mit mehr Zurückhaltung vor. Dennoch ist ihr Verlangen nach einem autoritär gelenkten nationalistischen Volksstaat unverkennbar, in dem die Individualfreiheitsrechte zugunsten des ‚Volksganzen‘ geopfert werden sollen.“

Die NPD ist zwar keine neonazistische Organisation, wohl aber ist ihr Standort eindeutig rechts-extrem. Daher ist ein NPD-Parteitag in unserer Stadt durchaus nicht selbstverständlich. Er sollte vielmehr unmöglich sein.

Hermann Keitel,  
Am Elsenbruch 14,  
2120 Lüneburg

\*

... hast Du, zauberhaftes Lüneburg, zwei Gesichter? 1984 lädst Du einen ehemaligen jüdischen Bürger zu Dir ein. Am 24. Februar 1985 wurde in der Kreuzkirche eine Gedenkstunde der Vertriebenen aus Ost- und Mitteleuropa mit einem Fürbittengebet gehalten. All das ehrt Dich. Nun willst Du Dir mit einem Schlag alle Sympathien verscherzen? Ich kann es nicht glauben, daß Du es zuläßt, daß in Deinen Mauern am 30./31. März ein NPD-Landesparteitag abgehalten werden darf. Hast Du aus der Vergangenheit wirklich nichts, aber auch gar nichts gelernt? Schade wäre es um Dich, Du zauberhaftes Lüneburg, gäbest Du Dein „Ja“ dazu.

Edith Evers,  
Pfaunweg 16,  
2121 Tespe

\*

... in welcher so große soziale und wirtschaftliche Probleme wie die hohe und immer noch steigende Arbeitslosigkeit, die Sicherung der Renten gelöst werden müssen, wo darüber hinaus der bisher unbekannte Tatbestand der neuen Armut auftaucht und beseitigt werden muß, konzentriert sich das Interesse der Bevölkerung überwiegend auf die Aktivitäten, welche die Bundesregierung in diesen Fällen unternimmt.

Hierdurch entsteht nach meiner Meinung die Gefahr, daß rechts-extremistische Tätigkeiten in der Bundesrepublik nicht genügend Beachtung finden. Dabei hat die Vergangenheit gezeigt, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten und Wirtschaftskrisen der beste Nährboden für den Radikalismus sind.

Ich begrüße deshalb den Beschluß des Ortsvereins der SPD, den geplanten NPD-Landesparteitag in unserer Stadt zu boykottieren. Erfreulicherweise wird dieses von der CDU und der FDP im Rathaus unterstützt.

Daß sich die Grünen im Rathaus nicht dazu durchringen konnten, die von den anderen Parteien gezeigten Aktivitäten in dieser Richtung zu unterstützen, ist völlig unverständlich. Wieso bleibt eine Partei, die Gefahren in der Umwelt aufzeigt, die es noch zu beseitigen gilt und demokratische Rechte und Freiheiten konsequent nutzt, hier nun völlig unbeteiligt.

Karl Rölker,  
Schützenstr. 92,  
2120 Lüneburg

**Grüne gegen NPD-Parteitag**

nh Lüneburg. Der Kreisverband Lüneburg der Grünen spricht sich entschieden gegen den geplanten Landesparteitag der NPD in Lüneburg aus.

Wie aus einer Erklärung der Grünen hervorgeht, halten sie die NPD nicht für eine demokratische Partei. Dieser Eindruck gründe sich auf Ausschreitungen rechts-extremistischer Jugendlicher bei NPD-Veranstaltungen, „rassistische Hetze gegen unsere ausländischen Mitbürger“ und die gewerkschaftsfeindliche Haltung der NPD.

Außerdem knüpfe die NPD mit ihren Gebietsansprüchen auf Teile Polens, der UdSSR, Österreichs und Frankreichs, „propagandistisch direkt an die Kriegspolitik“ des Hitler-Regimes an. Gerade im 40. Jahr der Befreiung stelle eine Kampagne „40 Jahre Vertreibung“, an der sich die NPD beteiligen wolle, eine „besondere Provokation“ dar. Die Grünen fordern von den Parteien im Rat der Stadt Lüneburg ein Verbot der NPD-Veranstaltung.

**NPD-Parteitag**

... kriecht die SPD, wie von ihr leider nicht anders zu erwarten, auf den Leim, den die Linksextremisten unter einem antifaschistisch-demokratischen Deckmantel ausgelegt haben und ruft zum „massiven Widerstand“ (LZ v. 21. 2.) gegen den geplanten Landesparteitag der NPD in Lüneburg auf. Die SPD bezeichnet die NPD als Neonazis, entweder aus Unwissenheit, oder aber, sie verzichtet bewußt auf jede Art von Differenzierung. Letzteres wiederum ließe bezeichnende Rückschlüsse auf gewisse Charaktereigenschaften der Sozialdemokraten zu. Wer mit Verleumdungen an politischen Gegnern seine Suppe kocht, aber die freie Aussprache scheut, nährt den Verdacht, jenen Extremisten geistig nahezustehen, in deren Nähe er die Nationaldemokraten mit destruktiver Energie zu rücken versucht.

Malte Holzer,  
Finkenweg 6,  
2124 Amelinghausen



## Parteitag

... fühlt sich ein „antifaschistischer“ Arbeitskreis veranlaßt, sich gegen einen NPD-Parteitag in Lüneburg auszusprechen und versucht in Pressemitteilungen Stadt und Gastwirte daran zu hindern, der NPD Räume zur Verfügung zu stellen. Nötigung als Waffe gegen eine verfassungstreue Partei – ein merkwürdiges Demokratieverständnis dieser linken Gevattern. Die NPD jedenfalls wird ihren Landesparteitag da durchführen, wo sie es will, ob es den politischen Gegnern nun paßt oder nicht.

NPD Kreisverband Lüneburg,  
Förster, Kreisvorsitzender

L7 23.2.85

## Kein Vertrauen

... ist es nicht zu leugnen, daß es in der Bundesrepublik Deutschland rechtsextremistische Tendenzen gibt. Nur halte ich es für wenig sinnvoll, den Generationen ein schlechtes Gewissen einzureden, die in keinsten Weise etwas mit dem Massenmord in Auschwitz zu tun gehabt haben. Dies wäre eine falschverstandene Aufarbeitung der deutschen Geschichte. Auch das törichte Gerede von einem „zweiten Hitler“ ist ein Schritt in die falsche Richtung. Wer so redet, scheint kein Vertrauen in unsere Demokratie zu haben, welcher die Bürger unseres Landes eine „wehrhafte“ Verfassung gaben.

Die Väter des Grundgesetzes, unter dem Vorsitz von Konrad Adenauer, waren sich darüber einig, daß, wer es unternimmt, diese freiheitlich demokratische Grundordnung zu beseitigen, zu bestrafen ist. Sollte eine Partei den Boden des Grundgesetzes verlassen, hat sie nach Artikel 21,2 GG damit zu rechnen, daß sie verboten wird. Dieses ist in der Geschichte der Bundesrepublik zweimal geschehen.

Albert Alten jr.,  
Vögelser Kamp 8,  
2123 Bardowick

L7 5.3.85

## Unterschied

... können wir nur sagen, daß „Hakenkreuzschmierereien“ nicht auf dem Konto der NPD zu verbuchen sind, sondern auf dem rechtsradikaler Randexistenzen. Aufkleber „Ausländer raus“ sind von der NPD weder gedruckt noch gefördert worden. Es existieren lediglich die Aufkleber „Ausländerstopp“ der Jungen Nationaldemokraten, zwischen diesen beiden Aufklebern besteht doch ein enormer Unterschied.

Michael Wittkuhn,  
Ritterstraße 53,  
2120 Lüneburg

## NPD meldet Parteitag in Lüneburg an

rau Lüneburg. In einem Brief an die Landeszeitung hat der Landesverband der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) erstmals öffentlich mitgeteilt, daß er seinen Parteitag in Lüneburg abhalten möchte.

Gleichzeitig ging beim Ordnungsamt der Stadt der Antrag ein, der NPD am 30. und 31. März das Glockenhaus zur Verfügung zu stellen. Eine Absage könne nicht mehr damit begründet werden, das Glockenhaus stehe nicht für Parteien zur Verfügung, da die SPD darin bereits getagt habe. Mit ihrer Forderung, den NPD-Parteitag zu verhindern, verstoße die SPD gegen geltendes Recht, heißt es.

L7 23.2.85

## NPD-Parteitag

... frage ich mich, warum sich in Lüneburg hin und wieder Hakenkreuzschmierereien und Aufkleber „Ausländer raus“ finden. Ich frage mich, wie es kommt, daß in diesem, unserem Land jemand weder der Volksverhetzung noch der Beleidigung für schuldig befunden wird, der die Massenvernichtung von Juden während der Nazizeit öffentlich bestreitet (LZ vom 9./10.2.1985). In diesem Zusammenhang frage ich alle Bürger dieser Stadt, was wir tun sollen angesichts des Plans der NPD, am 30./31. März in den Mauern unserer Stadt ihren Landesparteitag abzuhalten.

Maria Iwamoto,  
Wallstr. 16,  
2120 Lüneburg

... soll Meldungen der Landeszeitung zufolge der diesjährige Landesparteitag der NPD am 30./31. März möglicherweise in Lüneburg stattfinden.

Noch sind die Wunden des Krieges und der Terrorherrschaft des Nazi-Regimes nicht vernarbt. Auch in Lüneburg sind genug Spuren dieser schrecklichen Ereignisse zu finden.

Viele Lüneburger haben Angehörige im Krieg verloren. Auf dem Anstaltsfriedhof des Landeskrankenhauses sind viele der 200 Kinder begraben, die im Landeskrankenhaus als „lebensunwertes Leben“ ermordet wurden. Die Gedenkstätte im Tiergarten erinnert an die Erschießung von zahlreichen KZ-Häftlingen, die auf dem Wege in ein Außenlager des KZ Neuengamme aus einem auf dem Lüneburger Hauptbahnhof abgestellten Transportzug entkommen waren.

40 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus kann eine Partei wie die NPD wieder rassistisches und völkisches Gedankengut verbreiten. So besagt zum Beispiel die Forderung der NPD nach einer „staatlichen Neuvereinigung“ nichts anderes als die Wiederherstellung der Grenzen des ehemaligen Großdeutschen Reiches. Sie muß von den östlichen Nachbarstaaten der Bundesrepublik als massive Bedrohung empfunden werden.

Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen! Ein NPD-Parteitag darf in Lüneburg nicht stattfinden!

Iris Geisler,  
Töbingsstraße 52,  
2120 Lüneburg  
Anke Gerloff,  
Hasengasse 10,  
2120 Lüneburg



# Resolution gegen Extremisten mochten die Grünen nicht unterschreiben

22.2.85 62

rau Lüneburg. Eine Resolution des Rates der Stadt Lüneburg gegen extremistische Aktivitäten in der Stadt mochten die Fraktion der Grünen gestern nicht unterschreiben. Und damit kam es in der Ratssitzung zu einer heftigen Diskussion um das Bekenntnis zur Demokratie, an der sich freilich auch einige Zuhörer lautstark mit Zwischenrufen beteiligten.

Ratscherrin Hedda Ullrich (Grüne) machte geltend, daß aus der Vorlage nicht zu erkennen sei, welche extremistischen Gruppen geächtet werden sollen und ob auch die Kommunisten gemeint seien.

Die Resolution hat folgenden Wortlaut: „Vierzig Jahre nach der schwersten Stunde unseres Volkes haben die Fraktionen der im Rat der Stadt Lüneburg vertretenen Parteien Anlaß, unsere Bürger zu bitten, allen extremistischen Aktivitäten in unserer Stadt, mögen sie von rechts oder links kommen, mit Entschiedenheit entgegenzutreten und ihnen eine unmißverständliche Abfuhr zu erteilen. Das gilt für Aktivitäten aller Art, mögen es Versammlungen, Demonstrationen oder Parteitage

sein, die in unserer Stadt unerwünscht sind. Wir haben uns nach 1945 — auch durch unsere kommunalpolitische Tätigkeit — für unsere junge Demokratie mit Nachdruck engagiert und mit tiefster Überzeugung an ihrem Aufbau mitgewirkt, weil wir darin bestmöglichst die Freiheit für uns alle verbürgt sehen.

Wir werden nicht hinnehmen, daß im Schutze dieser Freiheit Kräfte wirken können, die diese grundgesetzliche, freiheitliche Ordnung letztlich abzuschaffen drohen. Nach unserer übereinstimmenden Auffassung dürfen die demokratischen Grundrechte nur diejenigen in Anspruch nehmen, die diesen nicht nur von der Form genügen, sondern auch vom Sinn und Geist her erfüllen und entsprechend handeln.

Wir fordern auch die Verwaltung auf, nach diesen Grundsätzen im Rahmen der Rechtsordnung zu entscheiden.“

Diese Resolution wurde von den Fraktionen der CDU, SPD und der FDP unterschrieben.

Anlaß für diese Resolution war der seit Wochen in der Öffentlichkeit diskutierte Landesparteitag

der Nationaldemokraten (NPD), den diese in Lüneburg abhalten möchten.

Der FDP-Beigeordnete und Bürgermeister Wolfgang Hartwig erläuterte die Resolution: „Sie richtet sich sowohl gegen Neonazis wie gegen Kommunisten, die unsere Staatsform verändern möchten.“

Der Grüne-Beigeordnete Peter Reinecke bezeichnete das Papier als „gefährlich“, nenne doch der niedersächsische Innenminister in aller Öffentlichkeit die Grünen auch Verfassungsfeinde. „Nein — zu solcher Resolution.“

Eine Belehrung über das Verfassungsrecht mußten sich die Grünen vom CDU-Ratscherrn Neumann gefallen lassen: „Mit ihrem Rotationsverfahren greifen sie die demokratische Verfassung an.“

Für die SPD sprach Beigeordneter Muhsmann: „Mit extremen Auffassungen in den Parteien werden wir fertig. Aber wer den Staat angreift, ist gefährlich. Und die Gefährlichkeit ist nicht erst gegeben, wenn solche Gruppe oder Partei verboten wird.“

Ratscherr Helmut Dammann von den Grünen beharrte auf Ableh-

nung der Resolution: „Sie hat eine Gleichsetzung, die wir nicht tragen können“, und er fragte: „Ist etwa die Friedensbewegung auch extrem?“

Die heftige Debatte um das Demokratieverständnis drohte die ganze Ratssitzung in Anspruch zu nehmen. CDU-Fraktionschef Jens Schreiber warf den Grünen vor, erst jetzt zu der Resolution Stellung zu beziehen, obwohl deren Abfassung bereits in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 5. Februar besprochen worden sei. „Was sie hier unterschreiben sollen, ist lediglich ein Bekenntnis zur verfassungsmäßigen Ordnung unseres Staates“, rief er den Grünen zu.

Ratscherr Waldemar Kirbach (SPD) brachte die Weimarer Republik in Erinnerung: „Da stritt und debattierte man wie heute hier —, bis man eines Tages gleichgeschaltet war. Wehret den Anfängen.“

Der SPD-Beigeordnete Berthold Schäfer entrüstete sich: „Es ist nicht erträglich, daß über eine solche Resolution debattiert werden muß. Schon einmal ist am Zögern von Demokraten eine Demokratie zugrunde gegangen.“

## Grüne und DKP reagieren auf Extremisten-Resolution: Bekenntnis und Vorwürfe

zum Ziel haben. Wenn die im Rat der Stadt Lüneburg mehrheitlich beschlossene Resolution extremistische Aktivitäten in dieser Richtung benannt hätte, und wenn in öffentlichen Äußerungen von Bundes- und Landespolitikern der CDU nicht wiederholt grüne Aktivistinnen mit extremistischen Aktivitäten gleichgesetzt worden wären, dann hätte auch die Fraktion der Grünen die Resolution unterschrieben.“

Mit Angriffen auf die CDU und Vorhaltungen gegenüber der SPD reagierte der Kreisvorstand der kommunistischen Partei auf die Rat-Resolution gegen Extremisten. Er weist den Tenor der Resolution zurück: Wenn neofaschistische Aktionen mit der politischen Tätigkeit der Kommunisten auf eine Stufe gestellt würden, sei das Geschichtsfälschung. Denn die Kommunisten seien es gewesen, die vor einer faschistischen Diktatur gewarnt hätten. Nach 1945 sei es aber die CDU/CSU gewesen, die ehemalige Nazifunktionäre in ihre Reihen aufgenommen habe. Der DKP-Kreisvorstand: „Die SPD muß sich vorwerfen lassen, daß sie nichts aus der Geschichte gelernt hat. Was gegen Kommunisten begann, wurde später gegen Sozialdemokraten angewandt.“ Und auch jetzt werde die SPD bereits wieder von der CDU verunglimpft und als linksradikal diffamiert, erklärte die DKP.

Die Haltung der Grünen wird von ihr begrüßt.



### SOLE + SALZ

April '85

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei  für Lüneburg

## Letzte Ratssitzung Geschichtsfälscher am Werk

Angesichts der öffentlichen Kritik an der geplanten Durchführung des NPD-Landesparteitages in Lüneburg wollte auch der Rat der Stadt nicht schweigen.

In einer von ihm verabschiedeten Stellungnahme werden nach altbekanntem Strickmuster die Linken mit der extremen Rechten in einen Topf geworden. FDP-Bürgermeister Hartwig brachte die Sache auf den rechten Punkt: „Die Resolution wendet sich gegen

Nazis und Kommunisten gleichermaßen.“

Zum 40. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg wissen wir es jetzt genau. Die Opfer und die Täter der Naziverbrechen sind die gleichen: SS-Schergen und KZ-Häftlinge, Nazis und die von ihnen am brutalsten verfolgten Antifaschisten, insbesondere Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter.

Der Rat der Stadt Lüneburg hätte gut daran getan zu schweigen!





LZ 13.3.85

## NPD-Parteitag

... protestieren wir gegen die geplante Abhaltung des Landesparteitages der NPD in unserer Stadt.

Allerdings müssen wir auch ein entschiedenes Wort gegen die vom Rat der Stadt auf seiner letzten Sitzung (die LZ berichtete am 14. 2.) gegen die Stimmen der Partei der Grünen beschlossene Resolution richten. Schon diese ersten Worte verraten, aus welcher politischen Ecke dieser Resolutionsentwurf stammt. Es heißt dort: „Vierzig Jahre nach der schwersten Stunde unseres Volkes...“ Diese Aussage ist schlichtweg falsch und verharmlost zudem die Terrorherrschaft des Faschismus!

Die „schwerste Stunde unseres Volkes“ dauerte in Wirklichkeit zwölf Jahre an. Sie begann mit einem politischen Bündnis zwischen den alten Militaristen, dem „großen Geld“ von Monopol- und Rüstungskapital, den Nationalkonservativen und den Nationalsozialisten, wobei dieses Bündnis auf eine im Grunde willfährige, konservative Justiz und Verwaltung bauen konnte. Die „schwerste Stunde“ führte über die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, der Einkerkelung und Ermordung eines Großteils ihrer Führer, über die Errichtung eines umfassenden Terrorregimes zum imperialistischen Krieg, zur Eroberung fremder Gebiete und Versklavung der Bewohner unserer Nachbarstaaten und zur Ausrottung sog. fremdrassiger Menschen.

Wenngleich die Zeit vor 40 Jahren für viele Deutsche bestimmt war durch die Erfahrung des eigenen Leides, dürfen wir nie vergessen, daß es der deutsche Faschismus war, der seine Blutspur über Europa und noch darüber hinaus zog. Das Jahr 1945 stellt für uns Antifaschisten deshalb nicht die „schwerste Stunde“ dar, sondern charakterisiert die endgültige Niederwerfung der in faschistischen Diensten stehenden deutschen Wehrmacht und die Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus.

Alle demokratischen Organisationen waren sich in dieser „ersten Stunde“ einig: Das neue Deutschland soll antimonopolistisch, antimilitaristisch und antifaschistisch sein! Aus diesem Grunde wurden auch die Rechtsvorschriften der Alliierten zur „Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus“ über den Art. 139 in das Grundgesetz aufgenommen. Das Verbot aller

Organisationen mit Nazi-Zielsetzung sowie jeglicher Tätigkeit, die faschistische Tendenzen fördert, hat also Verfassungsrang!

Viele Mitglieder unserer Organisation (VVN) wurden wegen ihrer Widerstandstätigkeit gegen den Nationalsozialismus von den Faschisten verfolgt, eingekerkert, gefoltert und mißhandelt. Heute nun müssen wir miterleben, daß eine Partei, die eindeutig faschistische Tendenzen fördert, in unserer Stadt ihren Landesparteitag abhalten will und der Rat der Stadt darauf mit einer völlig unakzeptablen Resolution reagiert und sogar davor zurückschreckt, den Anlaß (den NPD-Parteitag) beim Namen zu nennen.

Wenn wir uns auf dem Wege eines — etwas längeren — Leserbriefes zu Worte melden, so auch deshalb, um allen Lüneburgern — besonders aber den entsprechenden Ratsmitgliedern — den Schwur der KZ-Häftlinge von Buchenwald vom 19. April 1945 in Erinnerung zu bringen:

„Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit allen seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.“

In diesem Sinne setzen wir unsere Hoffnung auf einen starken Protest der Lüneburger schon im Vorfeld des Parteitages gegen die NPD, auf eine zahlreiche Unterstützung der geplanten Gegendemonstration und -kundgebung und auf ein reges Interesse (vor allem der Jugendlichen) an der Kulturveranstaltung von „Rock gegen Rechts“ am 30. 3. 1985.

Peter Asmussen,  
Kreisorganisator der  
Vereinigung der Verfolgten  
des Naziregimes (VVN) —  
Bund der Antifaschisten,  
Postfach 1711,  
2120 Lüneburg

... war die Resolution zu „extremistischen Aktivitäten“ Stein des Anstoßes in unserer Stadt, die doch bitteschön alle Fraktionen in demokratischer Einheit unterschreiben sollten. Aber die Grünen wollten nicht — anfängliches Unverständnis weicht bald, liest man die Resolution in ihrem Wortlaut (LZ vom 22. 2.), besonders den ersten Absatz. Da ist von eben diesen „extremistischen Aktivitäten“ die Rede, aber in keiner Weise wird benannt, was unter „extrem“ zu verstehen ist. Betrachtet man die politische Realität in der Bundesrepublik, so ist festzustellen, daß von bestimmten Kräften (z. B. Herrn Geißler) der Begriff „extrem“ ganz anders gefüllt ist. Da sind es mal die Gegner der Atomkraftwerke, mal die Grünen, dann auch die Friedensbewegung. Unter diesem Aspekt wäre es dringend notwendig gewesen, den ersten Absatz der Resolution eindeutiger zu formulieren, um so den Raum für Interpretationen in jede erdenkliche Richtung zu beschränken. Gerade dieser Mangel an Eindeutigkeit verhindert m. E. ein unterschiedenes Handeln aller Demokraten im Sinne von „Wehret den Anfängen“.

Janina Tessloff,  
Schröderstr. 3,  
2120 Lüneburg

... bereitet mir folgender Vorgang Unbehagen: Der Rat der Stadt Lüneburg gibt eine Resolution an die Bürger heraus. Der Text bleibt dunkel und diffus. Es bleibt dem Volksempfinden überlassen, wie man sich einen Extremisten vorzustellen hat.

Eine Partei unterschreibt den Text dieser Resolution nicht. In der Ratssitzung scheint die Stimmung bei den drei Parteien dahin

gegangen zu sein, daß es für das verfassungstreue Ratsmitglied selbstverständlich Ehrensache sei, diese Resolution zu unterschreiben.

Zwei Tage später haben die Grünen das Gefühl, die Gründe für ihr Nichtunterschreiben noch einmal erläutern zu müssen. Ich stehe den Grünen nicht sonderlich nahe. Aber ich bin froh, daß wenigstens eine Partei diesen m. E. gefährlichen Text nicht unterschrieben hat. Und ich hätte eine für den Bürger klare und verständliche Neuausgabe der Resolution erwartet, die die Dinge beim Namen nennt: „Alle Lüneburger sind aufgerufen, das Problem des NPD-Parteitags mit zu lösen...“

Der Rat der Stadt hat durch seine suggestierenden Andeutungen die Phantasie der Bürger in gefährlicher Richtung in Bewegung gesetzt. Jetzt muß er sich beeilen, durch konkrete Vorschläge Klarheit zu schaffen: z. B. friedlicher Demonstrationszug aus Ratsmitgliedern und Bürgern, aus Protest gegen den Parteitag.

Erika Nippert,  
Alec-Moore-Str. 7,  
2120 Lüneburg



L 2 23.3.85

## NPD-Parteitag

... spult jedesmal, wenn die NPD irgendwo beabsichtigt aufzutreten bzw. wie in diesem Fall den vom Parteiengesetz vorgeschriebenen Parteitag abzuhalten, die bundesdeutsche Linke ihre alte Laier in Neuaufgabe ab. Zunächst ist einmal klarzustellen, daß die VVN gem. Verfassungsschutzbericht 1983, Seite 43, eine kommunistische Tarnorganisation ist. Sie ist stets bemüht, Sozialdemokraten, Christen, Liberale, Gewerkschafter und sonstige Gruppierungen für ihren sogenannten „antifaschistischen Kampf“ zu mobilisieren, ganz im Sinne Moskaus und Pankows.

Die NPD ist eine demokratische und verfassungskonforme Partei, die für die Gegenwart und die Zukunft unseres Volkes politische Ideen entwickelt hat und diese beharrlich vertritt. Den Komplex der „Vergangenheitsbewältigung“ überläßt die NPD denen, die offenbar auftragsgemäß dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit stets Schaden zuzufügen haben und keinerlei Aussagen zu Gegenwart- und Zukunftsproblemen entwickeln können. Wir Nationaldemokraten fordern für die Aufklärung der Vorgänge von 33—45 die Einsetzung eines internationalen freien und unabhängigen Historiker-Gremiums, welches allein in der Lage wäre, für alle Zeiten Klarheit zu schaffen.

Die NPD ist eine mit allen anderen Parteien in dieser Nachkriegsdemokratie konkurrierende demokratische Partei mit betont nationalem Akzent. Sie stets in die Nähe der der deutschen Geschichte angehörenden Nationalsozialistischen Partei zu rücken ist eine böswillige Verleumdung, aber bei Leuten der VVN gehört es eben zum Auftrag. Bereits am 28. Januar 1977 bescheinigte das Verwaltungsgericht Karlsruhe unter dem Aktenzeichen III 142/76 der NPD: daß das Programm keine Aussage enthält, die mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Artikels 21, Absatz 2, des Grundgesetzes unvereinbar ist.

Demokratie heißt auch Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit für politisch Andersdenkende, aber das wollen und können VVN-ler eben nicht verstehen. Jeder Demokrat sollte sich gegen die politische Brunnenvergiftung der kommunistische Zöglinge zur Wehr setzen.

Klaus Hoffmann,  
NPD-Kreistagsabgeordneter und  
Bezirksbeauftragter für den  
Bezirk Lüneburg, 3042 Munster

... ist es ein demokratisches Recht des Peter Asmussen, seine Meinung in bezug auf den NPD-Parteitag frei zu äußern. Auch ich als Lüneburger Rockmusiker bin gegen extremistische Parteien, die vor allen Dingen den Rockmusikern — wie in der DDR — einen Maulkorb umhängen würden, kä-

men sie an die Regierung. Als ehemaliger DDR-Bürger können ich und meine Kollegen, die noch drüben rocken, ein Lied davon singen. Nur parteigenehme Rocksongs durften dort getextet werden.

Herr Asmussen, Kreisorganisator der Vereinigung der Verfolgung des Naziregimes VVN-Bund der Antifaschisten ruft die Jugendlichen Lüneburgs anläßlich des NPD-Parteitages zu einem Rock gegen Rechts-Konzert auf. Er sollte aber auch den Mut haben, zu bekennen, wer hinter seiner Organisation steckt: die DKP, Tochterpartei der SED — genau der Partei, die nur staatsstreue Rockmusik zuläßt (Der Generalsekretär der VVN-BdA, Kurt Erlebach, ist Mitglied des DKP-Parteivorstandes, im geschäftsführenden Präsidium der VVN-BdA haben DKP-Kommunisten eine Zwei-Drittel-Mehrheit.).

Es war ein eindeutiger Fehler der Ratsparteien, diese antidemokratischen Parteien nicht beim Namen zu nennen. Wie sollen die Jugendlichen dieser Stadt sich da noch zurechtfinden, wer demokratische oder scheidemokratische Ziele verfolgt?

Allen Lüneburger Rockgruppen sei hier klar gesagt: Rock gegen Rechts wurde 1978 vom SDAJ, der Jugendorganisation der DKP, gegründet und dient seitdem der DKP als trojanisches Pferd, um die rockbegeisterten Jugendlichen für ihre antidemokratischen, parteipolitischen Zwecke zu mißbrauchen. Wenn schon Rock für parteipolitische Zwecke, dann bitte Rock gegen Unfreiheit: Gegen Naziterror und Gulag, gegen Rechtsdiktaturen und Völkermord der Kommunisten in Afghanistan.

Gerd Heinemann  
Von-Staufenberg-Straße 2 a  
2126 Adendorf

## Absage an NPD

rau Lüneburg. Den Antrag der Nationaldemokraten, in Lüneburg am 30./31. März 1985 im Glockenhaus ihren Landesparteitag abzuhalten, hat die Stadtverwaltung abgelehnt.

In einem Brief an den Antragsteller teilte die Stadtverwaltung der NPD mit, daß das Glockenhaus wegen des Einbaus einer Schallisolierung nicht zur Verfügung stünde. Außerdem lägen bereits seit November 1984 Vorbestellungen von Reichsbund und Alpenverein vor, die bei Freiwerden des Hauses Veranstaltungen durchführen wollen.

L 2 7.3.85

## Resolution

... dürfte der Lüneburger Ratsbeschuß gegen den Extremismus klar und deutlich sein. Unsere Demokratie lehrt uns klare Wertvorstellungen nach denen alle Politiker, oder auch solche, die sich als Politiker bezeichnen, zu handeln haben.

Der Begriff der Freiheit des Einzelnen hat in unserer Demokratie absolute Grenzen in der Freiheit des Mitbürgers. Jeder, der Gewalt anwendet, sei es gegen Personen oder Sachen, oder der die Freiheit des Mitmenschen bewußt oder verbohrt unbewußt einschränkt, sei es durch Blockaden oder durch sabotage-ähnliche Handlungen (z. B. an Schienenwegen), gehört nicht zur großen Mehrheit der Demokraten. Wir müssen uns den Mut bewahren, Handlungen gegen die Freiheit Andersdenkender als Extremismus bezeichnen zu können. Hier zieht die Ratsentschließung klare Grenzen zu solchen, die den Wert ihrer persönlichen Freiheit höher stellen als den Wert der Freiheit des Mitbürgers.

Manfred Illmer,  
Alter Kirchsteig 8,  
2121 Südergellersen

L 2 22.3.85

## NPD-Politiker in Dahlenburg

nh Dahlenburg. Der von seiner Partei so bezeichnete NPD-Agrar-experte Karl Feitenhansel aus Bayern trug auf einer NPD-Veranstaltung in Dahlenburg zur „Misere der deutschen Landwirtschaft und der EG-Miðwirtschaft zur Benachteiligung des deutschen Bauernstandes“ vor. Abhilfe sei nur durch eine Wahlentscheidung für die NPD zu schaffen, meinte der NPD-Politiker.

L 2 12.3.85

## Versuchs-Ballon

... rief die neonazistische NPD ausgerechnet in Dahlenburg zu einer „Nationalen Bauern-Protestversammlung“ auf.

Es ist den Dahlenburgern zu danken, daß dieser neofaschistische Versuchsballon sehr frühzeitig geplatzt ist: schließlich gab es weit mehr Menschen, die gegen dieses Vorhaben Einspruch erhoben und ihren Sonntag-Vormittag opferten, als Interessenten für diese dubiose Veranstaltung.

Hans Steiner,  
Riecklinger Weg 14,  
2121 Dahlenburg



# Verhindert den NPD - Parteitag!

Am 30./31.3 will voraussichtlich die NPD ihren Landesparteitag in Lüneburg abhalten. Der Kreisverband 'DIE GRÜNEN' protestiert gegen eine solche Veranstaltung im Lüneburger Raum oder anderswo.

## Die NPD: Eine demokratische Partei?

Die NPD beteuert zwar in ihren Erklärungen immer wieder, eine demokratische Partei zu sein, ihre politische Praxis und ihre Propaganda sprechen aber dagegen.

- Überall dort, wo die NPD auftritt, hat es in der Vergangenheit Ausschreitungen rechtsextremistischer Jugendgruppen gegen Andersdenkende gegeben. Nachdem vor einigen Jahren der Ordnungsdienst der 'JN', der Jugendorganisation der NPD, wegen zahlreicher Schlägereien im Umfeld von NPD-Veranstaltungen verboten wurde, befinden sich im Reisegepäck der NPD immer wieder zahlreiche angeblich der NPD nicht zugehörige Schlägerbanden, die ausgehend von NPD-Veranstaltungen Passanten und Gegendemonstranten terrorisieren. Auch die Stadt Lüneburg hat damit ihre Erfahrungen, so gab es u.a. im Jahr 1976 einen Überfall von NPD-Anhängern auf das städtische Jugendzentrum.
- mit der Forderung nach Ausländerstopp und Parolen wie "deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer" begibt sich die NPD eindeutig auf das Terrain rassistischer Hetze gegen unsere ausländischen Mitbürger.
- die gewerkschaftsfeindliche Haltung der NPD, die die Gewerkschaften letztendlich auflösen will und damit die Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung anstrebt, wirft ein Schlaglicht auf ihre anti-demokratische Haltung.

**8. Mai 1985: 40 Jahre**

## Befreiung vom Faschismus

Im Jahr 1985 bedeutet eine Veranstaltung der NPD eine besondere Provokation.

Während wir Antifaschisten im 40. Jahr nach der Befreiung vom Joch des nationalsozialistischen Terrors der Millionen Kriegs- und KZ-Opfer gedenken, will die NPD auf ihrem Parteitag ihren Beitrag zu einer großdeutschen Kampagne "vierzig Jahre Vertreibung" organisieren.

Die NPD wird nicht müde, in ihren Schriften Teile Polens, der Sowjetunion, Frankreichs und ganz Österreich als deutsche Gebiete einzuklagen, und damit propagandistisch direkt an der Kriegspolitik des Hitlerfaschismus anzuknüpfen.





Vor diesem Hintergrund können wir eine Veranstaltung der NPD nicht hinnehmen. Allerdings kann man rechtsradikalen Bestrebungen entgegen-treten, indem man unkonkrete Erklärungen gegen rechts und links ab-gibt, wie dies jüngst der Rat der Stadt Lüneburg mit Ausnahme der Fraktion der Grünen getan hat. Eine Erklärung, die mit der falschen Gleichsetzung von rechts und links den Neonazismus verharmlost, gerät schnell in den Ruch, sich in Wirklichkeit vor allem gegen Linke zu richten, zumal dann, wenn der konkrete Anlaß, nämlich ein Landespar-teitag der NPD, nicht einmal genannt wird. Die Parteien, die diese Er-klärung im Rat der Stadt eingebracht und unterstützt haben, sollten sich darüber im klaren sein, daß mit solchen Äußerungen gegen rechts und links schon allzuoft die Opfer von 1933 mit den Tätern auf eine Stufe gestellt wurden.

In diesem Sinne fordern die Grünen alle im Rat der Stadt vertretenen Parteien auf, sich mit uns für ein Verbot dieser Veranstaltung einzu-setzen. Gleichzeitig bitten wir alle Lüneburger Bürger, sich an der Gegendemonstration des antifaschistischen Arbeitskreises und zahlrei-cher anderer Verbände zu beteiligen.

**30.3., Kundgebung/Demonstration  
1000 Uhr, IHK, Am Sande**

visdP.: Die Grünen, Kreisverband Lüneburg, Springintgut 21, 2120 LG



# DKP

## DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI

PROTEST GEGEN NPD-LANDES-  
PARTEITAG IN LÜNEBURG

Lüneburg im März 85

Am 30./31. März 1985 will die neofaschistische NPD in Lüneburg ihren Landesparteitag abhalten. Dafür hat sie bei der Stadt die Nutzung des Glockenhauses beantragt. Diese "Veranstaltung" soll eine Woche vor jenem Datum stattfinden, an dem vor 40 Jahren im Lüneburger Tiergarten 256 KZ-Häftlinge von der SS ermordet wurden.

Das offene und dreiste Auftreten der Neofaschisten muß alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte unserer Stadt alarmieren.

In diesen Wochen jährt sich zum 40. Mal der Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus und des Endes des von ihm angezettelten Zweiten Weltkrieges. Die grausame Unterdrückung der demokratischen Kräfte, insbesondere der Arbeiterbewegung, die Ermordung von Juden, Zigeunern und anderen Bevölkerungsgruppen, 50 Millionen Kriegstote - darunter allein 20 Millionen Bürger der Sowjetunion - waren das Ergebnis der verbrecherischen Politik der Nazis und der hinter ihnen stehenden Kreise aus Wirtschaft, Militär und Großgrundbesitz.

Für alle Antifaschisten ist es ein alarmierendes Zeichen, daß die alten und neuen Nazis seit längerer Zeit versuchen, Lüneburg zu einem ihrer Tummelplätze zu machen. Ausländerfeindliche Parolen, Nazi-

Schmierereien und rechtsextremistisches Propagandamaterial sind keine Seltenheit mehr in der Stadt. Unter Schülern und arbeitslosen Jugendlichen werben sie neue Anhänger. Teile der Neonazi-Szene schreiben Drohbriefe an antifaschistische Personen und Organisationen und schrecken nicht einmal davor zurück, junge Antifaschisten zu verprügeln und mit Waffen zu bedrohen.

Ein alarmierendes Zeichen ist es aber auch, daß die Rechtskräfte - vor allem in der CDU - die Lehren aus Faschismus und Krieg verfälschen. Den 8. Mai 1945 - Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg - wollen sie als Tag der Trauer, der Katastrophe und Niederlage verkaufen. Es sind die gleichen Kräfte, die in zunehmendem Maße die Gefahren des Neofaschismus und des Revanchismus verharmlosen, tolerieren oder fördern. An dieser Verfälschkampagne beteiligen sich solche Politiker wie Dregger, Hupka und Czaja, die massiv Gebietsansprüche an die Volksrepublik Polen und andere sozialistische Nachbarländer erheben. Mit CDU-Kanzler Kohl wird seit 20 Jahren erstmals wieder ein Bundeskanzler an einem Schlesier-treffen teilnehmen.

Die Regierung Albrecht stellt Landesmittel in Millionenhöhe für revanchistische Ziele zur Verfügung, z.B. für den Neubau des Ostpreußenmuseums in Lüneburg, in dem ein Ölgemälde aus dem Besitz des Nazi-Verbrechers Göhring hängt.



Gleichzeitig diffamiert die CDU die Gewerkschaften und die Friedensbewegung, werden Kommunisten und andere Demokraten wegen ihres Eintretens für Frieden und Völkerverständigung, für die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit Berufsverboten belegt.

Wir brauchen jedoch eine Politik

- für Abrüstung und Entspannung
- für die Überwindung des Nazismus, des Revanchismus und der Ausländerfeindlichkeit
- für eine Bundesrepublik des Friedens, der Arbeit und der sozialen Gerechtigkeit.

Von den Verantwortlichen der Stadt fordern wir, den Neofaschisten keinerlei öffentliche Räume, Plätze oder Straßen zur Verfügung zu stellen.

Wir fordern die konsequente Unterbindung aller neofaschistischen Aktivitäten und Propaganda sowie ein Verbot der NPD entsprechend den Bestimmungen des Grundgesetzes Art. 139.

Alle Antifaschisten fordern wir auf:

Beteiligt Euch am öffentlichen Protest gegen die NPD am 30./31. März 1985!

Beteiligt Euch am Ostermarsch in Lüneburg, der am Ostermontag am Mahnmahl für die ermordeten KZ-Häftlinge im Tiergarten beginnt!



Zeitung der  
Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend  
**SDAJ** - Lüneburg

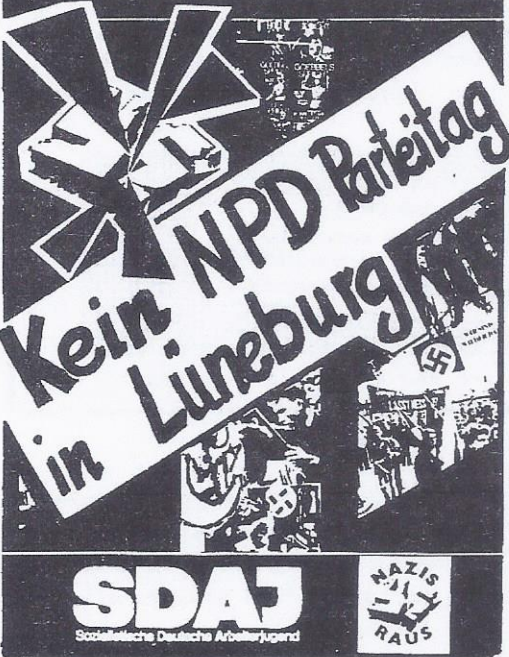
2/85



Doch, du hältst den Moorfrosch in der Hand. Stimmt, anders sieht er aus. Das Moorfrosch Team ist größer geworden. Neue Leute bringen neue Ideen. Auch Du kannst mitmachen beim Moorfrosch. Komm zum SDAJ Gruppen-Treff. Termine S.3

**Mitmachen ist angesagt**

**Nazis raus aus unserer Stadt!**



(Ausschneiden und an eine günstige Stelle kleben.)

Die NPD (Nationaldemokratische Partei) will Ende März einen Parteitag im Kreis Lüneburg veranstalten. In der NPD sind alte und neue Nazis, die die Verbrechen der Hitlerdiktatur abstreiten oder verherrlichen. Mit dummen Sprüchen von einem "großen Deutschland" und gegen Ausländer wollen die Nazis von den wirklichen Ursachen der Arbeitslosigkeit ablenken. Wo sich die NPD zu Parteitagen trifft kommen meist auch Nazi-Schlägertrupps, die Zerstörungen anrichten und ausländerfeindliche Sprüche sprühen.

\*\*\*\*\*

Wir fordern die Stadtverwaltung und die Gaststätteninhaber auf, den Nazis keine Räume zu vermieten.

\*\*\*\*\*



\*\*\*\*\*  
 \* Antifaschistischer  
 \* Arbeitskreis  
 \* Dienstags 19 Uhr  
 \* Haus der Jugend, Katzenstr.1  
 \* \*\*\*\*\*

# TU WAS

Jeder kann was gegen die Nazis tun: bei jeder Gelegenheit, an jedem Ort mit Aufklebern und Sprüchen zeigen, daß man was gegen die Nazis hat. Zum Beispiel:

**NAZIS VERTREIBEN  
 AUSLÄNDER BLEIBEN**

Wenn die NPD doch einen Parteitag in Lüneburg veranstaltet, wird es eine Gegendemonstration

geben. Die SDAJ beteiligt sich an der Vorbereitung der Demo im Antifaschistischen Arbeitskreis.



Der Antifaschistische Arbeitskreis bereitet zur Zeit auch ein Rock gegen Rechts Konzert vor. Wer Bock auf Rock hat kann mitmachen. Termin siehe oben.

Viele sagen, die Freiheitsrechte des Grundgesetzes müßten auch für die Nazis gelten. Deswegen könne man leider nichts gegen sie machen. Das steht dazu im Grundgesetz:

### Artikel 139

#### [Weitergeltung der Entnazifizierungsvorschriften]

Die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

Also: Nazipropaganda ist nicht durch das Grundgesetz geschützt.



Antifaschistischer Arbeitskreis Lüneburg  
c/o Peter Asmussen

2.3.85

An die  
Stadt Lüneburg  
- Stadtjugendpflege -  
Herrn J. Landmann

Betr.: Benutzung des AKJZ-Saals für den 30.3.85

Sehr geehrter Herr Landmann!

Hiermit beantragen wir für den 30.3.85 die Benutzung des Saals des AKJZ zur Durchführung eines Konzerts "Rock gegen Rechts". An diesem Konzert beteiligen sich ausschließlich Lüneburger Rock- Gruppen.

Wie Sie sicherlich wissen, will die NPD am 30./31.3.85 ihren Landespartei-tag in Lüneburg (oder unmittelbarer Umgebung) durchführen. Diese Partei -auch das ist Ihnen sicherlich bekannt - verfolgt eine nationalistische, völkische und rassistische Politik.

Wir Antifaschisten sind der Auffassung, daß es die Aufgabe der demokratischen Organisationen ist, über die Politik dieser Partei aufzuklären und sich öffentlichkeitswirksam zu engagieren.

Da neonazistische Tendenzen in letzter Zeit auch unter Jugendlichen Gehör finden, muß u.E. auch mit jugendgemäßen Formen des Engagements auf diese Herausforderung reagiert werden.

Die Vorkommnisse in Lüneburg im Nov./Dez. 84 (Auseinandersetzung zwischen "Skinheads" und "Punkern"/Gaspistolenangriff im HdJ/Bekanntwerden von neonazistischem Einfluß in Jugendgruppen) sowie Ihre auch in der örtlichen Presse erwähnte Reaktion darauf, nämlich daß sich auch die städtische Jugendpflege diesem Problem verstärkt zuwenden wolle, läßt den Schluß zu, daß auch Sie sich persönlich mit uns für das o.g. Konzert einsetzen werden.

Wir bitten Sie, diesem Antrag recht zügig (positiv) zu behandeln und uns alsbald Ihre Entscheidung schriftlich mitzuteilen, weil wir natürlich für die Vorbereitungen des Konzerts einige Zeit benötigen.

Mit freundlichem Gruß

P. Asmussen



# STADT LÜNEBURG

DER OBERSTADTDIREKTOR

Stadt Lüneburg · Postfach 25 40 · 2120 Lüneburg



Herrn  
Peter Asmussen

Amt	
Jugendamt	
Gebäude	
Zuständig	Zimmer
Herr Landmann	

Ihr Schreiben vom / Ihr Zeichen

Mein Zeichen

Tel.: (0 41 31) 24-1

Datum

Durchwahl 24 · 355

11.III.1985 ha/la

Sehr geehrter Herr Asmussen,

in Ihrem Schreiben vom 02.III.1985 beantragen Sie die Benutzung des Veranstaltungssaales im Jugendzentrum Stadtmitte für eine Konzertveranstaltung "Rock gegen Rechts".

Grundsätzlich muß ich Ihnen mitteilen, daß die Räumlichkeiten in den Jugendzentren für eine öffentliche Nutzung und Vergabe nicht zur Verfügung stehen.

Veranstaltungen in den Jugendzentren sind Inhalt und Bestandteil einer Programmstruktur, die sich aus der Konzeption der jeweiligen Einrichtung ergibt. Sowohl die Durchführung, als auch die sich daraus ergebende Verantwortlichkeit, liegt bei den Mitarbeitern der Jugendzentren und der Stadtjugendpflege.

Räumlichkeiten der Stadt Lüneburg, die für eine öffentliche Nutzung vorgesehen sind, befinden sich -für den Bereich der Jugendpflege- im Haus der Jugend.

Es bleibt Ihnen unbenommen, sich mit dem Amtsleiter des Kulturamtes, Herrn Fallapp, in Verbindung zu setzen, um die Benutzung des Saales im Glockenhaus zu beantragen.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Schumann  
Stadtdirektor

Allgemeine Sprechzeiten:  
Montag bis Freitag  
8.00 - 12.00 Uhr

Telex  
2182130 stlg d

Postcheckamt Hamburg  
BLZ 200 100 20  
Nr. 41 19-204

Stadtparkasse Lüneburg BLZ 240 500 01  
Kreisparkasse Lüneburg 240 501 10  
Landeszentralbank Lüneburg 240 000 00

Kto.-Nr. 422  
5 54  
2400 17 00



gegen

# Rock Rechts

Mucke Fuck  
...was dem sonst?

mit...  
Elbe 7

Angora  
Mortz... logo

„Der lebende Leichnam“  
...macht mit

Aids  
...auch mit dabei

Beginn:  
18<sup>00</sup> Uhr

Eintritt  
2,7 DM

...Klar...  
Scarlet Pimpernell  
...tritt auch auf

30.3.

Aula der

# Fachhochschule

Munstermannskamp in Lüneburg

Veranstalter: Antifaschistischer Arbeitskreis Lbg.

V.i.S.d.S. F. v. n. e. u. s. e. e. n.





Zeitung der SDAJ Friedensgruppe Lüneburg

Ausgabe: Nr. 4, April '85

# Live in Lüneburg

L 2  
28.2.85

dt/jj Lüneburg. Kaum zu glauben, aber wahr: „Lebende Leichname“ geistern am Sonnabend in der Aula der Fachhochschule von 18 Uhr an über die Bühne. Damit's niemanden gruselt: Das ist der Name einer Band. „Rock gegen Rechts“ heißt das Festival und hat noch andere Fossilien zu bieten: „Scarlet Pimpernel“ zum Beispiel und „Elbe I“. Aber „Rock gegen Rechts“ gibt's ja auch schon seit 1980.

An ... Kaketani

.....SDAJ - Lüneburg

NPD-Landesparteitag fand nicht in Lüneburg statt!

## Voller Erfolg für Rock gegen Rechts

Das letzte Wochenende in Lüneburg lief für NPD ganz anders als erwartet. Eigentlich sollte Lüneburg Aufmarschort für die alten und neuen Nazis aus ganz Niedersachsen werden, die hier ihren Landesparteitag abhalten wollten. Doch Lüneburger Antifaschisten waren seit Wochen aktiv, um dieses Treffen zu verhindern. Mit Flugblättern und Plakaten, mit Veranstaltungen und Leserbriefen informierten sie die Lüneburger über die faschistische NPD.

Und so kam es, daß sich die Nazis nicht in Lüneburg, sondern in einem kleinen Kuhdorf namens Langenbolzen in der Nähe von Alfeld treffen mußten. Es ist zwar immer noch traurig, daß sich Faschisten öffentlich treffen können, um ihre menschenverachtenden Sprüche abzulassen, aber es ist ein Erfolg für alle Lüneburger Antifaschisten, daß es ihnen nicht möglich war, ihren Landesparteitag in unserer Stadt abzuhalten.



Ausländerfeind =  
Menschenfeind

Nazis raus aus unserer Stadt!



Und am Samstag Abend gab es dann ein "Rock gegen Rechts"-Konzert, das von über 250 Jugendlichen besucht wurde. Es half den Nazis auch nichts, daß sie die Plakate zur Veranstaltung überall ab-rissen. Sechs Lüneburger Rockgruppen machten bis 0.30 Rock gegen Rechts, und der Abend war ein voller Erfolg. Jetzt kommt es darauf an, weiterhin aktiv gegen Nazis in unserer Stadt zu sein!

NAZIS RAUS AUS LÜNEBURG!!!



Antifaschistischer Arbeitskreis Lüneburg  
c/o Peter Asmussen

3.4.1985

An die  
Landeszeitung  
Am Sande  
2120 Lüneburg

*würde nicht veröffentlicht*

Sehr geehrte Damen/Herren!

Ich möchte Sie bitten, die nachfolgende Presseerklärung in einer der nächsten Ausgaben Ihrer Zeitung zu veröffentlichen.

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Gelungene Aktion

Als "gelungene Aktion demokratischer Kräfte Lüneburgs" beurteilte es der Antifaschistische Arbeitskreis Lüneburg auf seiner letzten Sitzung, daß der geplante NOD-Landesparteitag am 30./31.3. nicht in der Stadt stattfinden konnte. Der Initiative des Arbeitskreises schlossen sich eine Reihe von Vereinigungen und Einzelpersonen an. Viele Mitbürger äußerten sich im Sinne des Arbeitskreises in den Leserbriefspalten der LZ. DGB, SPD, Grüne und DKP beabsichtigten ebenfalls, eine Kundgebung und Demonstration durchzuführen, so daß es der NPD politisch unmöglich gemacht wurde, ihre Versammlung in Lüneburg durchzuführen. Auch das Konzert "Rock gegen Rechts" war mit seinen fast 400 Besuchern ein Erfolg, so daß ein ähnliches Konzert für den Antikriegstag (1. September) schon vorbereitet wird.

"Allerdings sind wir von der Stadtjugendpflege sehr enttäuscht", erläutert ein Arbeitskreis-Mitglied. "Vor wenigen Wochen noch, nach den Auseinandersetzungen mit den Skins im Liebesgrund, erschien ein dicker Artikel in der Zeitung, in dem die Jugendpflege die Notwendigkeit der Aufklärung über neofaschistische Tendenzen bei Jugendlichen hervorhob, aber jetzt sind wir mit unserem Konzert nicht ins Jugendzentrum hineingekommen. Es passe nicht in das Konzept, hieß es. Was muß denn noch passieren? Die Lüneburger Neo-Nazis machen doch in der Innenstadt schon jetzt, was sie wollen. Alle unsere Ankündigungstafeln - auch die zum Ostermarsch - in der Fußgängerzone wurden noch den Nazi-Skins zertrümmert! Neben anderen Aktivitäten "gegenüber diesen neofaschistischen Jugendgruppen eine härtere Gangart einzuschlagen" beschloß der Arbeitskreis abschließend.

Mit freundlichem Gruß

*P. Asmussen*



1.9.85

# Die große „Randale“ fand nicht statt

Landesparteitag der NPD ging unter dem Schutz der Polizei ruhig über die Bühne

Der Spuk hatte am Sonnabend kaum begonnen, als er auch schon wieder vorbei war. Zwischen 9 Uhr und 13.30 Uhr demonstrierten zwischen Alfeld und Langenholzen rund 250 Menschen gegen die Präsenz der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands an diesem Wochenende in den Mauern der Stadt. Das Spektrum reichte von Mitgliedern des VNV - Bund der Antifaschisten, Kreisverband Hildesheim, viele Punks waren gekommen (eine Gruppe mit einem geklauten Auto und Tränengas), Kommunisten aus nah und fern und der übliche Troß von Krawallmachern, der quer durch die Lande zieht und dort zu finden ist, wo es nach Stunk und Schlägereien riecht. Sie alle erfreuten sich der „liebvollen“ Betreuung von Polizeibeamten im olivgrünen Anzug.

Um für Ruhe und Ordnung in der Stadt zu sorgen und den Verlauf der NPD-Versammlung zu garantieren, war ein Großaufgebot von Geshüttern zusammengezogen worden.

Nach dem Motto „Vorbeugen ist besser als hinterher schlecht aussehen“ war ihre Dominanz derart erdrückend, daß dies den Ausschlag bei den Antifaschisten gegeben haben dürfte, um sämtliche Aktionen abzubreaken. Polizei-grün beherrschte zwischen Alfeld und Langenholzen die Straßen.

Über dem Alfelder Ortsteil kreiste minutenlang ein Hubschrauer, und im Schatten der Berufsbildenden Schulen schienen sich auf dem großen Parkplatz einige Hundertschaften in Bereitschaft zu halten. Wie viele Beamte genau im Planspiel vorgesehen waren, bleibt ein Geheimnis. Die Vermutungen der Journalisten aus ganz Niedersachsen, die für Rundfunk und Zeitungen über den Aufmarsch berichten, reichten weit. Die einen meinten, „so um die tausend waren es“. Diese Zahl ist wohl zu hoch gegriffen, doch steht fest, daß sich die Einsatzgruppe unter der Leitung von Abschnittsleiter Lüddecke und 1. Polizeihauptkommissar Rolf Magsamen auf alle Möglichkeiten vorbereitet hatte.

Der Alfelder Marktplatz sah gegen 9.30 Uhr am Sonnabend schon leicht verändert aus. Am Brunnen hingen Plakate „Kein Faschistentreffen hier und anderswo“, „Verbot faschistischer und revanchistischer Propaganda“; Dirk Ad-dicks vom Bund der Antifaschisten aus Hildesheim gab die Marschrichtungen per „Flüstertüte“ aus.

Die Demonstranten entschlossen sich gegen 10.30 Uhr zu einem Spontanmarsch durch die Alfelder Innenstadt. Polizeichef Rolf Magsamen fuhr Geleitschutz vorne an der Spitze, und an den Flanken des Demonstrationszuges sorgten junge Beamte dafür, daß Ruhe und Ordnung herrschten. „Kampf den Faschisten, hier und überall“, scholl es durch die Innenstadt. Zurück am Markt wurde Langenholzen als Ziel anvisiert.

Vor dem Versammlungshotel, in dem die NPD-Spitze sich am Sonnabend in Schulungskursen über die Deutschlandpolitik und Sicherheitsfragen für die Bundesrepublik Gedanken machte, hielt sich die große Gruppe der Demonstranten nicht allzulange auf, denn von der NPD war zu diesem Zeitpunkt noch niemand da. Auf dem Weg nach Langenholzen hatte sie an dem großen Polizeiaufgebot vorbeigehen müssen, das sich neben den Berufsbildenden Schulen bestens ausgerüstet präsentierte. Damit war der Elan gebrochen. Den Rückmarsch traten die Gegner der NPD mehr oder weniger geordnet an.

Am Alfelder Marktplatz gab dann einer die Parole aus, „das war es“. Die vielen Pkw mit Nummernschildern aus ganz Norddeutschland setzten sich Richtung Autobahn Rhüden in Bewegung. Die Polizei ließ in ihrer Wachsamkeit die ganze Nacht über, aber auch am Sonntag nicht nach. Im Polizeibericht wird die Aktion als erledigt ohne größere Vorkommnisse angesehen. Gegen 13.50 Uhr rückten gestern die letzten Mannschaftswagen ab, um 17 Uhr war der Landesparteitag in Langenholzen beendet. (hkr)

## Frontal gegen einen Baum geprallt

Hohe Warte. Dem Griff zur neben ihr liegenden Handtasche verdankt eine 22jährige Pkw-Fahrerin aus Duingen einen Krankenhausaufenthalt. Die junge Frau war mit ihrem Fahrzeug auf der L 462 zwischen Duingen und Hohe Warte am Sonnabend gegen 16.45 Uhr unterwegs, als sie zur Seite faßte und dabei die Gewalt über den Wagen verlor. Das Fahrzeug kam nach links von der Fahrbahn ab und prallte frontal gegen einen Baum. Die Duingerin erlitt Gesichtsverletzungen, obwohl sie angeschnallt war. An dem Pkw entstand Totalschaden.

## Erklärung der Alfelder Parteien

Wir begrüßen es, daß die Verwaltung, wenn auch erst nach anfänglichem Zögern und auf sanften Druck der örtlichen Kommunalpolitiker, den bereits genehmigten Informationsstand der NPD am Marktplatz untersagt hat. Wer sich am Sonnabend in der Stadt aufgehalten hat, wird erlassen können, daß durch diese Maßnahme uns allen krawallartige Auseinandersetzungen erspart geblieben sind. Wir alle werden künftig noch intensiver darauf achten und deutlich machen müssen, daß radikale Gruppen - stehen sie nun im extrem linken oder im extrem rechten Lager - in unserer Stadt nicht willkommen sind.

Die NPD ist zwar vom Bundesverfassungsgericht nicht verboten, wir sprechen ihr aber jegliches Demokratieverständnis ab. Sie nutzt die Freiheit unserer liberalen Verfassung, verdient aber nicht die Unterstützung aufrechter Demokraten.

Wir bedauern sehr, daß die politischen Gremien in Alfeld erst durch die Redaktion der AZ im Laufe des Donnerstags der vergangenen Woche von dem Parteitag der NPD in Langenholzen erfahren haben. Es wird unsere Aufgabe sein, der Frage nachzugehen, welche Institutionen hier Informationen zurückgehalten haben und welche Gründe es dafür gab.

Die Alfelder Parteivorsitzenden

Karl-Heinz Duwe

August Stoffregen

Walter Fischer



Protokoll der Februar- Sitzung des Rates der Stadt Lüneburg (1985)

Anfrage der Fraktion Die Grünen zum Landesparteitag der NPD vom 18.2.1985

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Nickel, teilt mit, am 18.2.1985 sei folgende Anfrage der Fraktion Die Grünen eingegangen:

"In manchen Teilen der Bevölkerung hat eine Diskussion um den Landesparteitag der NPD in Lüneburg begonnen.

Die Grünen fragen:

1. Erläutert die Verwaltung, daß ein Landesparteitag der NPD in Lüneburg unerwünscht ist?
2. Ist der Verwaltung inzwischen bekannt, ob die NPD tatsächlich plant, ihren Landesparteitag in Lüneburg abzuhalten?
- 3.a) Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, den Landesparteitag der NPD zu verhindern?

b) Ist die Begründung, mit der die Stadt Bad Harzburg ein Treffen der Waffen SS (HIAG) verboten haben soll, für ein Verbot der NPD in Lüneburg anwendbar?"

Oberstadtdirektor Faulhaber antwortet, die Verwaltung hat über einen Antrag objektiv nach den gesetzlichen Vorschriften zu entscheiden. Eine Erklärung, daß ein Landesparteitag in Lüneburg unerwünscht ist, kann von seiten der Verwaltung nicht abgegeben werden. Dies wäre eine politische Erklärung, die der Verwaltung nicht zukommt.

Der Verwaltung ist nicht bekannt, ob die NPD plant, ihren Landesparteitag in Lüneburg durchzuführen. Ein entsprechender Antrag liegt bisher nicht vor.

Ob die Verwaltung die Möglichkeit hat, einen Landesparteitag der NPD in Lüneburg zu untersagen, ist abhängig von dem gestellten Antrag. Hierüber wird im Rahmen der Rechtsordnung entschieden. Die Begründung, mit der die Stadt Bad Harzburg ein Kameradschaftstreffen der Waffen-SS verboten hat, ist auf eine Entscheidung über die Durchführung eines Landesparteitages nicht anwendbar, weil auch die NPD das Parteienprivileg des Grundgesetzes für sich in Anspruch nehmen kann.



Antrag der SPD-Fraktion vom 12.02.85 zur Vergabe öffentlicher Räume

Bürgermeister HARTWIG teilt mit, am 13.02.86 sei folgender Antrag der SPD-Fraktion eingegangen:

"Der Rat der Stadt Lüneburg beschließt:

Der NPD werden in der Stadt Lüneburg keine öffentlichen Räume zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung wird aufgefordert, unter Ausnutzung aller rechtsstaatlichen Mittel und Wege der NPD die Benutzung öffentlicher Räume in Lüneburg zu versagen.

Der Verwaltungsausschuß habe sich in seiner Sitzung am 25.02.86 mit dem Antrag befaßt, ohne eine Beschlussempfehlung abzugeben.

Zu diesem Antrag legt die Fraktion DIE GRÜNEN folgenden ÄNDERUNGSANTRAG vor:

"Der 2. Absatz des Antrages der SPD vom 12.02.86 soll um die Worte "unter Ausnutzung aller rechtsstaatlichen Mittel und Wege" verkürzt werden."

Nach ausführlicher Diskussion wird die Ratssitzung auf Antrag vom Beigeordneten MUHSMANN von 17.10 bis 17.15 Uhr für Fraktionsberatungen unterbrochen.

Der Rat der Stadt Lüneburg faßt einstimmig folgende EntschlieÙung:

1. Der Rat der Stadt Lüneburg erklärt, politische Veranstaltungen der NPD in Lüneburg sind unerwünscht.
2. Der Rat ist der Auffassung, daß die Auseinandersetzungen mit der NPD mit politischen, nicht mit juristischen Mitteln zu führen ist."